

An die
Wirtschaftskammer Niederösterreich
Herrn Präsidenten KommR Wolfgang Ecker
Wirtschaftskammer-Platz 1
3100 St. Pölten

ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich
am 12. November 2025

Schluss mit unfair hohen Verzugszinsen für die Unternehmen

Einpersonenunternehmen und kleine und mittlere Betriebe sind der größte und ein zentraler Teil unserer Wirtschaft - sie schaffen die meisten Arbeitsplätze und Lehrstellen, tragen einen wesentlichen Teil der Steuern und leisten einen entscheidenden Beitrag zur Lebenskraft der Regionen. Trotz dieser Bedeutung für die Volkswirtschaft, für Bund, Länder und Gemeinden werden sie im Falle finanzieller Engpässe von der öffentlichen Hand und öffentlichen Stellen oft mit überhöhten Stundungszinsen bzw. Anspruchszinsen bestraft. Diese hohen Verzugszinsen treffen alle Unternehmen. Darunter leiden EPU und KMU aber besonders stark.

Wenn ein Unternehmen eine Zahlung an die SVS, das Finanzamt oder die ÖGK nicht fristgerecht leisten kann, zahlt es derzeit bis zu 7,03% Verzugszinsen. Beim Finanzamt liegen Umsatzsteuerzinsen bei 3,53%, Stundungszinsen sogar bei 6,03%. Diese Sätze sind völlig unangebracht, nicht nur in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Situation, und treffen gerade jene, die es ohnehin schon schwer haben - durch die flache Konjunktur, durch Krankheit, Auftragsausfälle oder horrende Kosten aufgrund der enormen Inflation. Diese Zinsen sind kein Anreiz für Pünktlichkeit, sondern eine Strafsteuer auf Krisen. Niemand zahlt freiwillig zu spät - hinter Zahlungsverzug stehen oft vorübergehende Liquiditätsmängel, nicht fehlende Zahlungsdisziplin.

Daher fordert der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Niederösterreich (SWV NÖ) hier faire Rahmenbedingungen für Unternehmen: Krisen dürfen nicht mit Zinsstrafen verschärft werden. Wer unternehmerisch tätig ist, Beschäftigung schafft und Verantwortung trägt, muss im Ernstfall auf Solidarität statt Strafe zählen können.

Den hohen Verzugszinsen steht die Problematik gegenüber, dass, wenn Unternehmen beim Finanzamt ein Guthaben aufweisen, dieses Guthaben von den Finanzbehörden oft sehr spät - nicht selten erst nach mehreren Monaten - an die Betriebe ausbezahlt wird. Auch das muss geändert werden.

Der Wirtschaftsverband NÖ stellt daher folgenden Antrag:

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich dafür einsetzen, dass die Verzugszinsen (Stundungszinsen und Anspruchszinsen) für Unternehmen bei Zahlungen an SVS, Finanzamt und ÖGK auf ein deutlich niedrigeres, angemessenes, marktübliches

Niveau gesenkt werden. Dies sollte durch Reduktion der Zuschläge für die Unternehmen erreicht werden, was speziell für EPU sowie Klein- und Mittelbetriebe wichtig wäre. Zudem soll eine gesetzliche Obergrenze für diese Verzugszinsen im öffentlichen Bereich eingeführt werden und es Stundungsmöglichkeiten ohne Strafaufschläge bei nachweislich schwieriger wirtschaftlicher Situation geben.

Zugleich ist sicherzustellen, dass Guthaben der Unternehmen beim Finanzamt unmittelbar zur Auszahlung kommen.

KommR Thomas Schaden
Vizepräsident WKNÖ

KommRⁱⁿ Martina Klengl
Mitglied des
Wirtschaftsparlaments